

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Klein Schönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lindbach, Losen, Mohorn, Miltig-Roitzschen, Ranzig, Reufkirchen, Rentanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrsorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligtadt, Spedtschhausen, Taubenheim, Untersdorf, Weistropp, Wilsberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pf. pro viergespaltene Korpuszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger hiesig.

No. 140.

Donnerstag, den 26. November 1903.

62. Jahrg.

Bekanntmachung.

Beim unterzeichneten Stadtrat sind eingegangen vom Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen das 21., 22. und 23. Stück des Jahrgangs 1903, vom Reichsgesetzblatt Nr. 41, 42 und 43 des Jahrgangs 1903.

Diese Eingänge, deren Inhaltsverzeichnis in der Hausflur des Rathhauses ausgehängt, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Katskanzlei zu Jedermanns Einsicht aus. Wilsdruff, am 21. November 1903.

Der Stadtrat.
Kahlenberger.

Jgr.

Politische Rundschau.

Vom Kaiserhofe. Unser Kaiser, der am Montag den Besuch seines Bruders, des Prinzen Heinrich, empfing, hörte am Dienstag Militär- und Marinevorträge.

Der Bundesrat hielt am 23. November eine außerordentliche Plenarsitzung ab. In derselben gelangten in der Hauptsache eine Anzahl Spezial-Gesetze im Entwurfe des Reichshaushaltssetats für 1904 zur Annahme, und zwar auf Grund der betreffenden Ausschussanträge.

Der Reichstag ist durch eine kaiserliche Verordnung vom 23. d. M. zu Donnerstag, den 3. Dezember, einberufen worden. Das ist einige Tage früher als man legthm annahm. In Regierungskreisen scheint man jetzt doch darauf zu rechnen, daß die Verhandlungen über die Verlängerung des Zollprovisoriums mit England doch mehr Zeit in Anspruch nehmen könnten, als man bisher gemeint hatte. In der Tat ist der 3. Dezember der allerpäteste Termin für den Zusammentritt des Reichstages, wenn außer dem unbedingt notwendigen Zollprovisorium noch der Etat in erster Lesung erledigt und an die Budgetkommission überwiesen werden soll. Von dem Befinden des Kaisers und dem Wunsche der persönlichen Eröffnung des Reichstags durch den Monarchen ist der Einberufungstermin, wie wohl unlängst versichert wurde, niemals abhängig gemacht worden. Wie schon wiederholt, wird die Thronrede wahrscheinlich auch diesmal vom Reichskanzler verlesen werden.

In Ungarn ist vom ehemaligen Ministerpräsidenten Baron Bausffy eine neue nationalitisch-chauvinistische Partei gegründet worden, die zwar auf dem Boden des 1867er Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn stehen, im übrigen aber oppositionell gerichtet sein soll. Sie will bereits in die nächsten Wahlen zum ungarischen Reichstage aktiv eingreifen. — Der neue Ministerpräsident Graf Tisza will die Oppositionspartei im ungarischen Abgeordnetenhaus nunmehr schärfstens bekämpfen. Er soll hierzu in seiner jüngsten Audienz beim Kaiser Franz Joseph besondere Vollmacht erhalten haben. Zunächst will es Tisza mit Dauerfügungen versuchen. In Wülten bei Innsbruck sind die angekündigten italienischen Hochschulkurse behördlicherseits aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung untersagt worden.

Das italienische Königspaar ist am Montag vormittag von seinem Besuche in England wieder in Jagdschloß San Rossore bei Pisa eingetroffen. Ueber die etwaigen politischen Ergebnisse des italienischen Königsbesuches in England ist man noch immer lediglich auf Vermutungen angewiesen. Auch die Nachricht, es sei mit dem englischen Minister des Auswärtigen, Lord Lansdowne, und seinem italienischen Kollegen, Tittoni, ein englisch-italienischer Schiedsgerichtsvertrag vereinbart worden, hat noch keine Bestätigung gefunden.

Die Engländer haben in ihrem endlosen Feldzuge im Somaliland wieder einmal einen Erfolg errungen. Eine englische Truppenabteilung unter dem Befehle des höchstkommandierenden Generals Manning selber besiegte nach einem anstrengenden Wüstenmarsch den Ort Baladi-lande. — Die Kapregierung befürchtet Unruhen im Damaraland. In Kimberley werden daher zwei mobile Truppenabteilungen gebildet, die nötigenfalls nach der Grenze vom Damaraland abgehen sollen.

Die Vertreter der europäischen Mächte in Tanger unterzeichneten den neuen Steuerplan für Marokko.

Aus Ostasien kommt wieder einmal eine bedrohlich klingende Nachricht. Laut einer Tokioer Meldung der „Kuz. Telegr. Agent.“ sollen japanische Kriegsschiffe den

nach Port Arthur unterwegs befindlichen russischen Kriegsschiffen „Zassarewitsch“ und „Bajan“ entgegen geschickt worden sein, um eine Vereinigung derselben mit dem russischen Geschwader in Port Arthur zu verhindern.

Der kolumbische Regierungskommissar Reyes ist angeblich mit neuen Verständigungsvorschlägen für die Regierung von Panama nach Washington unterwegs, wo er von dem Kommissar Panamas, Dr. Amador, erwartet wird. Die Vorschläge Reyes sollen darin gipfeln, die Stadt Panama zur Hauptstadt Kolumbiens an Stelle Bogotas zu machen, was also die Einverleibung Kolumbiens in die neue Republik Panama bedeuten würde. In Washington glaubt man jedoch nicht, daß Panama diesen verlockenden Vorschlag annehmen werde, weil andererseits die Kolumbier durch ihre Mehrzahl die führende Rolle in Panama bald erlangen würden, womit die Lage wieder dieselbe wäre.

Kurze Chronik.

Der Berliner Kindesunterschiedungsprozeß brachte am Dienstag zunächst die Anklagerede des ersten Staatsanwalts Dr. Steinbrecht, nachdem am Montag Staatsanwalt Dr. Müller das Schuldig beantragt hatte, wobei ihm die Bemerkung entließ, die Beweise seien so zwingend und überzeugend, daß die Geschworenen, wenn sie noch mehr Beweise forderten, dem viel angefeindeten Schwurgerichtsverfahren direkt das Todesurteil sprechen würden. Auf der Geschworenenbank entstand Unruhe bei diesen Worten. Staatsanwalt Steinbrecht führte aus, daran, daß die Meyer ihr Kind einer Frau, die zweifellos die alte Andruszewska war, gab, und daß dies Kind nach Berlin kam, sei nicht zu rütteln. Das Kind ist seiner Mutter auch nicht zurückgegeben worden, also hatte man Verwendung dafür. Die Aussagen der Entlastungszeugen beweisen nichts; die Zeit liegt zu weit zurück, um sich an jeden Tag genau erinnern zu können. Hedwig Andruszewska sei eine unsympathische Person, aber nicht geisteschwach und man brauche ihr nur das durch Tatsachen Bewiesene zu glauben. Dazu gehöre, daß eine Frau Bonczowka vom 23. bis 25. Januar 1897 in Krakau war und der Barcz-Meyer den Knaben abkaufte. Auf den Zeugen Hechelsti sei eingeschlagen worden, den Grafen Dektor aber habe man gemeint. Gegen diesen sei das ganze Polentum in Bewegung gesetzt worden, weil ein häßliches Bild aus dem Leben des polnischen Lebens enthüllt worden sei. Doch Graf Dektor sei verpflichtet gewesen, die Reinheit seines Geschlechts zu wahren. Nach Ansicht der Anklagebehörde seien drei Meineide geleistet worden. Der angeklagte Graf und die Gräfin Swilecka hätten gemeinschaftlich gehandelt. Der Gräfin bitte er mildernde Umstände zu versagen, den anderen Angeklagten möge man sie zubilligen. Verteidiger Justizrat Bronke sagte, die Gräfin kämpfe nicht um das Familienmajorat, sondern um ihr Kind. Sie blicke auf ein maffelloses Leben zurück und sehe nicht wie eine gemeine Verbrecherin aus. Sie sei aller Leute, die für sie aussagten, beraubt worden. Man sperre diese Zeugen einfach ein oder eröffnede eine Voruntersuchung gegen sie, man glaube ihnen nicht. Der Verteidiger erörterte dann die Mängel der Voruntersuchung. Ein Untersuchungsrichter sei auch nur ein Mensch; ein Stückchen der Belastung komme zum anderen, ein Zeuge zum anderen, der Untersuchungsrichter komme zu einer Ansicht, aus dieser werde eine Ueberzeugung, eine feste Meinung; seine Wahrheit ist, was er glaubt und daraus werde schließlich die Wahrheit. Der Verteidiger werde für so wenig vertrauenswürdig erachtet, daß man ihn nicht zur Zeugenvernehmung

bei dem Untersuchungsrichter, nicht zur Alteneinsicht zuläßt. Das ist der Krebsknoten der Gesetzgebung! Wäre die Verteidigung bei der Befragung der Zeugen vor dem Untersuchungsrichter zugelassen worden, wäre die Hauptverhandlung nicht eröffnet worden. Wie jetzt das Gesetz laute, müßte die Voruntersuchung zu einer einseitigen Herstellung der Akten führen. Justizrat Bronke wies sodann Vorwürfe des Staatsanwalts zurück, wandte sich gegen den Sachverständigen Prof. Dührssen und kam dahin, daß Hedwig Andruszewska, die nach dem Dolmetscher Konfuses Zeug gesprochen habe, aus Rache und Habgucht ausgelagt habe, um die Gräfin ins Zuchthaus zu bringen. Die Zeugen, die bekundeten, daß die alte Andruszewska zu dem kritischen Zeitpunkt in Wroblewo war, könne man doch nicht einfach unter den Tisch fallen lassen. Sei es aber zweifelhaft, daß sie verreist war, was bleibe dann von der ganzen Anklage übrig? Die Polen sollen sich vereinigt haben, um die Gräfin den deutschen Richtern zu entreißen. Nun, man frage das deutsche Volk, wie es über die Sache denke! Bronke beantragte zum Schluß die Freisprechung der Gräfin. Für die Mitangeklagten sprachen die anderen Verteidiger. Die Geschworenen erklärten sich bereit, bis in die späte Nacht hinein zu sitzen, um den Prozeß zu beenden.

Ein Reichstagsabgeordneter wegen Wahlvergehens angeklagt. Gegen den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Rostock, Dr. Herzfeld, ist wegen Wahlvergehens Klage erhoben worden. Dr. Herzfeld hatte bei der Hauptwahl am 16. Juni in Rostock, bei der Stichwahl in Berlin gewählt. Er war an beiden Orten in die Wählerliste eingetragen. Die Verhandlung findet am 1. Dezember statt.

Eine deutsche Stadt als Plantagenbesitzerin auf Sumatra. Der in diesem Jahre in der kleinen schlesischen Bergstadt Goldberg verstorbenen Rentier Grafen, der früher in holländischen Diensten gestanden, hat die Stadt zur Erbin seiner auf der Insel Sumatra gelegenen Besitzungen eingesetzt, und die Stadt wird das Erbe voraussichtlich annehmen. Es ist das gewiß der erste Fall, daß eine deutsche Stadt sich rühmen kann, Plantagenbesitzerin im Auslande zu sein.

Eine Liebestragödie in Pankow. Am Montag früh in der sechsten Stunde hörten die Bewohner des Berliner Vororts Pankow rasch hintereinander zwei Schüsse fallen. Als kurze Zeit darauf Arbeiter an einem gegenüber dem Eisenbahn-Viadukt gelegenen Baurratu vorübergingen, fanden sie dort die Leichen eines jungen Mannes in Arbeiterkleidung sowie eines etwa achtzehnjährigen Mädchens. Bei den Toten lag ein Bettel, auf dem die Personalien der beiden und als Motiv unglückliche Liebe verzeichnet war. Der junge Mann, ein 19-jähriger Maurer Ernst Bartisch, hatte zuerst seine Geliebte, die Fabrikarbeiterin Marie Paul, und dann sich selbst getötet. Wie verlautet, wollten die Eltern des Mädchens das Liebesverhältnis wegen der Jugend ihrer Tochter und des Bartisch nicht dulden.

Ein Kohlenwag. Von der Grube „Hercynia“ erzählt die „Gall. Zig.“ folgendes Scherzwort: Die Firma hatte eine Zeit lang die Anfertigung ihrer Bricketts eingestellt. Der Betrieb soll jetzt wieder eröffnet werden, und zwar mit der Herstellung einer neuen Brickettsorte mit dem Aufdrucke „Bankdirektor“. Der neuen Kohle wird nachgerühmt, daß sie „gut durchbrennt“, ohne „Asche“ zu hinterlassen. Im Gaskanal erstickt! Aus Dortmund meldet ein Privattelegramm: Auf dem hiesigen Eisenwerk Union erstickten im Gaskanal vier Arbeiter.

Opfer des Sturmes. Stolp i. Pommern, 24.